

Kann eine neue jüdisch-palästinensische Partei der israelischen Linken neues Leben einhauchen?

Die Partei „Alle ihre Bürger“ will die Linke in Israel auf der Grundlage des Prinzips der völligen Gleichheit aller Menschen vereinen. Aber können sie sich überhaupt darauf einigen, wie das aussehen soll?

Ben Reiff, 972mag, 21.12.22

Das Abraham Hostel in Tel Aviv ist kaum der ideale Ort für die öffentliche Gründung einer neuen jüdisch-palästinensischen politischen Partei, auch wenn es in den vergangenen Jahren zu einer Art Zentrum für linke Organisationen in der Stadt geworden ist. Als sich die Anmeldeschlange vor dem Veranstaltungssaal des Hostels am späten Freitagmorgen um die Ecke und die Treppe hinunter schlängelte, drängelten sich die Teilnehmer in den engen Korridoren mit amerikanischen Teenagern im Pyjama, die auf der Suche nach einem Frühstück aus den Aufzügen kamen, um einen Platz. Im Inneren begrenzten die Snooker- und Kickertische die Anzahl der Stuhlreihen, die das Personal aufstellen konnte. Ein paar Nachzügler setzten sich auf die schwingenden Bänke, die im 90-Grad-Winkel von der Bühne an der Decke hingen; auf einem behelfsmäßigen Banner stand der Name der neuen Partei in Hebräisch und Arabisch: Alle ihre Bürger.

„Israel ist kein Staat für alle seine Bürger... Nach dem grundlegenden Nationalitätsgesetz, das wir verabschiedet haben, ist Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes - und nur dieses.“

Benjamin Netanjahu

„Wenn es 1948 eine jüdisch-arabische Partei gegeben hätte, wären wir heute nicht in dieser Situation“, erklärte Faisal Azaiza, der palästinensische Ko-Vorsitzende der Partei, in seiner Eröffnungsrede vor rund 200 Zuhörern. Im Laufe der Geschichte des Staates Israel, fuhr er fort, „gab es jüdische Parteien mit palästinensischen Vertretern und palästinensische Parteien mit jüdischen Repräsentanten, aber es gab nie eine echte jüdisch-palästinensische Partei mit voller Partnerschaft“.

Azaiza, der Dekan der Fakultät für Sozial- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Haifa, führt die Initiative gemeinsam mit Avraham „Avrum“ Burg an, der um die Jahrhundertwende als Abgeordneter der Arbeitspartei Sprecher der Knesset war, bevor er später der linken *Hadasch*-Partei beitrug. Burg versucht schon seit einiger Zeit, eine jüdisch-palästinensische politische Fraktion zu gründen: Ende 2020 war er einer von mehreren jüdischen ehemaligen Knessetmitgliedern, die einen offenen Aufruf zur Gründung einer solchen Partei unterstützten, der damals jedoch nicht zustande kam.

Nun aber haben sich die Umstände geändert. Die fast vollständige Auslöschung der parlamentarischen Linken bei den Wahlen im vergangenen Monat hat ein Vakuum geöffnet, in dem sich die Kräfte neu ausrichten und Grenzen des ideologisch Möglichen und strategisch Notwendigen aushandeln für den bevorstehenden Kampf gegen eine von *Kahanisten* geführte Regierung. Und auf der Konferenz am Freitag war der Appetit auf neues Denken und die Überbrückung konventioneller Gräben groß.

„Die jüdische Mehrheit ist das Ergebnis eines kolonialen Siedlerprojekts, und sie sind nicht bereit, die Früchte dieses Projekts aufzugeben. Israel ist ein rassistischer Staat, der auf jüdischer Vorherrschaft aufgebaut ist, und darüber besteht Konsens in allen zionistischen Parteien.“

Sami Abu Shehadeh, Vorsitzender der Partei *Balad*

Ehemalige Knessetmitglieder der zionistisch-linken *Meretz*-Partei und der palästinensisch-nationalistischen *Balad*-Partei - die beide bei den Wahlen aus der Knesset herausgefallen waren - sprachen nacheinander auf der gleichen Bühne über die Idee eines Staates für alle seine Bürger. Zu ihnen stießen führende Vertreter der Zivilgesellschaft, lokale Aktivist:innen, Akademiker- und Schriftsteller:innen, ihnen hörte eine Menge zu, die überwiegend aus aschkenasischen Juden über 50 Jahren bestand. Die Jugendlichen schienen die Information nicht erhalten zu haben, und nur eine Handvoll Palästinenser:innen waren anwesend, abgesehen von denen, die hinter der Initiative stehen.

Auffallend war die Abwesenheit von offiziellen Vertretern der einzigen Partei im Staat Israel, die sich als links und jüdisch-arabisch bezeichnet: *Hadash*. Der Parteivorsitzende Ayman Odeh lehnte die Einladung der Organisatoren, auf der Konferenz zu sprechen, mit der Begründung ab, dass in der derzeitigen politischen Landschaft kein Platz für eine weitere Partei sei.

Eine Partnerschaft unter Gleichen?

Die Formulierung „ein Staat für alle seine Bürger“ hat in der israelischen Politik einen schweren Stand, da sie oft mit der Selbstdefinition des Staates Israel als „jüdischer und demokratischer Staat“ konfrontiert und daher von vielen Israelis als Inbegriff des Antizionismus angesehen wird. Als politisches Programm ist sie technisch gesehen illegal: Eines der israelischen Grundgesetze (die Verfassungsrang haben) besagt, dass eine Partei oder ein Kandidat von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen werden kann, wenn ihr Programm „die Existenz des Staates Israel als jüdischer und demokratischer Staat“ negiert.

Das Jüdische Nationalstaatsgesetz, das 2018 verabschiedet wurde, hat Israels verfassungsmäßige jüdische Identität weiter gefestigt, indem es ausdrücklich erklärt: „Die Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist exklusiv für das jüdische Volk.“ Als Rotem Sela, israelisches Model und Schauspielerin, vor der Wahl im darauffolgenden Jahr den antiarabischen Rassismus der *Likud*-Partei in den sozialen Medien kritisierte, antwortete der damalige Premierminister Benjamin Netanyahu: „Israel ist kein Staat für alle seine Bürger... Nach dem grundlegenden

Nationalitätsgesetz, das wir verabschiedet haben, ist Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes - und nur dieses.“

Die Umwandlung Israels in einen Staat aller seiner Bürger ist seit langem ein zentraler Pfeiler des *Balad*-Programms, und der Zentrale Wahlausschuss des Staates Israel disqualifiziert die Partei routinemäßig aus diesem Grund vor den Wahlen, wobei die Entscheidung dann vom Obersten Gerichtshof aufgehoben wird. Als *Balad* als Reaktion auf das vorgeschlagene Nationalstaatsgesetz ein Grundgesetz vorlegte, das Israel als einen Staat aller seiner Bürger verankern sollte, weigerte sich das Knessetpräsidium, es zur Abstimmung zuzulassen. Die *Meretz*-Partei vertritt dagegen die Auffassung, dass Israel gleichzeitig „der Staat des jüdischen Volkes und aller seiner Bürger“ ist.

Die Spannung zwischen diesen beiden Auslegungen wurde in den Reden der Mitglieder der beiden Parteien am Freitag deutlich. Mossi Raz von der *Meretz*-Partei verwies auf die Bestimmungen in der israelischen Unabhängigkeitserklärung, die allen Einwohnern die völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte zusichern, während Gaby Lasky die Notwendigkeit betonte, die Rechte von Minderheiten in Israel zu schützen – woraufhin jemand im Publikum rief „Welche Minderheit? Die Araber sind hier die Mehrheit!“

Der *Balad*-Vorsitzende Sami Abu Shehadeh merkte an, dass in den vorangegangenen Reden zwar viel von bürgerlicher Gleichberechtigung geredet wurde, die nationale Gleichberechtigung und alles, was damit zusammenhängt – einschließlich der Gewährung des Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge – jedoch kaum zur Sprache kam. „Wir wollen Partner sein, aber die Partnerschaft muss auf einem Fundament der vollen Gleichberechtigung beruhen“, sagte er der Menge. Der prominenteste jüdische Vertreter der Partei, Einat Weizman, schloss sich dieser Meinung an, indem er die Prämisse einer „Partnerschaft von Gleichen“ in einer asymmetrischen Wirklichkeit in Frage stellte und die Notwendigkeit eines von den Palästinensern geführten Kampfes für die Dekolonisierung bekräftigte.

Diese Dissonanz zwischen einem liberalen Diskurs und einer radikaleren Argumentation war den ganzen Tag über allgegenwärtig. Während die einen von einem Ende der Besatzung und einem israelisch-palästinensischen Frieden sprachen, sprachen andere davon, das gesamte Gebiet zwischen Fluss und Meer in eine gemeinsame Heimat für beide Nationen zu verwandeln. Alon Liel, ein ehemaliger Diplomat, der zu den Unterstützern der Initiative gehört, machte den Zuhörern nach Abu Shehadehs Rede klar, dass die Partei sich zwar nicht als zionistisch definiert, aber eine Heimat für Menschen sein kann, die dies tun; Shuli Dichter, der ehemalige Geschäftsführer des zweisprachigen Schulnetzwerks Hand in Hand, sprach von der Notwendigkeit, den Zionismus für eine neue Ära neu zu begründen.

Diese Spannungen und Widersprüche sind das unvermeidliche Ergebnis der Zusammenführung von Personen und Parteien, die sich traditionell nicht als enge Verbündete betrachtet haben. In den vergangenen anderthalb Jahren war *Meretz* Teil der so genannten „Regierung des Wandels“, die für eine ganze Reihe von Verstößen gegen die Rechte der Palästinenser:innen verantwortlich war; *Balad* hingegen weigert sich in der Regel, auch nur einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu empfehlen, geschweige denn eine Regierungsbeteiligung in Betracht zu ziehen. Mit der Konferenz von

letzter Woche wollte „Alle ihre Bürger“ jedoch die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien und ihren Führern hervorheben und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Und natürlich will die Organisation ihre Mitgliederzahl erhöhen und bei den nächsten Wahlen zu einem einflussreichen Akteur auf der politischen Bühne Israels werden. „Wir müssen dort sein, wo die Entscheidungen getroffen werden, und das ist die Knesset“, sagte Faisal Mahajna, ein Aktivist aus Umm Al-Fahm, der im Zusammenhang mit der Initiative steht, am Freitag gegenüber +972. „Und solange [diese Bemühungen] nicht auf einer echten arabisch-jüdischen Partnerschaft beruhen, gibt es keine Möglichkeit, eine alternative Regierungsform aufzubauen.“

Geringe Aussichten

„Nach jahrelangen Versuchen kommt ein Moment, in dem alle Blöcke an ihren Platz fallen“, sagte der Ko-Vorsitzende der Partei, Burg, einige Tage nach der Konferenz gegenüber +972 und fügte hinzu, dass die Zeit nach den jüngsten Wahlergebnissen reif für etwas Neues sei. „Wir haben drei Parteien im linken Bereich, die über Gleichheit reden: *Meretz*, die einen Palästinenser als Feigenblatt hat; *Hadash*, die einen Juden als Feigenblatt hat; und *Balad*, die ihren eigenen nationalistischen Hintergrund hat. Wir bieten eine andere Art von Politik an, die nicht um die ethnische Gemeinschaft herum organisiert ist, sondern um die staatsbürgerliche Idee, dass jeder Bürger gleich ist“.

Die Einladung an die Vertreter dieser Parteien, auf der Konferenz in der vergangenen Woche zu sprechen, war, wie Burg erklärte, sowohl eine Einladung zu einem gemeinsamen Treffen als auch eine Einladung, der Partei beizutreten. „Wir sagen zu allen in diesem Bereich: Kommt und redet. Vielleicht sind wir einander näher, vielleicht sind wir weiter voneinander entfernt, aber wir werden es nie erfahren, wenn wir es nicht erkunden.“ Die Idee sei es, die bestehenden linken Parteien in einer „Fusion oder einer Front“ zu vereinen, und er glaube, dass „Alle seine Bürger“ der „neue Treffpunkt“ dafür sein könne.

Die Partei definiert sich weder als zionistisch noch als antizionistisch, sondern wird „ein Zusammenschluss vieler ideologischer Strömungen sein, die sich in einer Sache einig sind: alle israelischen Bürger sollten gleich sein“, so Burg. „Es gibt liberale Zionisten, die glauben, dass diese Gleichheit innerhalb ihrer Definition von Zionismus möglich ist – so sei es. Es gibt viele, die glauben, dass dies nicht möglich ist, und die deshalb keine Zionisten sind – so sei es. Solange wir uns einig sind, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich sind, habe ich kein Problem mit Ihrem Ausgangspunkt“. Burg fügte hinzu, dass die Partei mehrere weitere Treffen im ganzen Land plane und auch die Möglichkeit einer Kandidatur bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr prüfe.

Abu Shehadeh von *Balad* wurde in einigen Kreisen dafür kritisiert, dass er der Teilnahme an der Konferenz am Freitag zugestimmt hat, aber er sagte diese Woche gegenüber +972, dass die Leute den Hintergrund der Veranstaltung missverstanden hätten. „Es gab ein Treffen in Jaffa nach der Wahl zwischen mir, Avrum Burg und Mossi Raz, um über die Zukunft nachzudenken, und wir sagten, wir sollten mehr Treffen abhalten, um wichtige Dinge zu unserer politischen Agenda zu diskutieren. Dies

war eines dieser Treffen, bei dem es um die palästinensisch-jüdischen Beziehungen in diesem Teil der Welt ging. Ich bin dorthin gegangen, um zu erklären, wie *Balad* darüber denkt“.

Abu Shehadeh bezeichnet die Verantwortlichen der Initiative zwar als „großartige Menschen“, ist aber nicht optimistisch, was ihre Aussichten angeht. „Sie wissen, dass ihr Potenzial gering ist, weshalb sie Leute vom *Balad* und von dem, was von *Meretz* übrig geblieben ist, eingeladen haben. Was die politische Macht angeht, gibt es einen großen Unterschied“, sagte er und wies darauf hin, dass *Balad* - die bei den Wahlen im vergangenen Monat zum ersten Mal allein antrat, seit der für den Einzug in die Knesset erforderliche Stimmenanteil vor den Wahlen 2015 auf 3,25 Prozent angehoben wurde – nur 15.000 Stimmen fehlten, um die Schwelle zu überschreiten und vier Sitze zu erhalten.

„Ich habe ihnen gesagt, dass unser Ziel in naher Zukunft darin besteht, *Balad* besser zu organisieren und die Partei zu stärken“, erklärte er. „Natürlich sind wir gerne bereit, alle Themen, die mit Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie zu tun haben, mit allen zu diskutieren, die daran interessiert sind. Sie können entweder *Balad* beitreten, denn das ist unsere politische Agenda, oder wir können zusammenarbeiten.“

Abu Shehadeh rechnet jedoch nicht damit, dass eine große Zahl jüdischer Israelis in nächster Zeit die Idee eines Staates für alle Bürger unterstützen wird. „Balad hat viel mehr jüdische Unterstützer, als wir bei diesem Treffen gesehen haben, aber wir reden hier von sehr kleinen Gruppen – nicht genug, um politisch einflussreich zu sein.“ Das Problem sei, dass die meisten Juden im Staat Israel nicht bereit seien, die Privilegien aufzugeben, die sie im derzeitigen System genießen. „Die jüdische Mehrheit ist das Ergebnis eines kolonialen Siedlerprojekts, und sie sind nicht bereit, die Früchte dieses Projekts aufzugeben. Israel ist ein rassistischer Staat, der auf jüdischer Vorherrschaft aufgebaut ist, und darüber besteht Konsens in allen zionistischen Parteien.“

Quelle: <https://www.972mag.com/all-its-citizens-jewish-arab-party>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de